

**Beschlussempfehlung  
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)****zu dem Antrag der Bundesregierung****- Drucksache 16/ 3521-**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Implementierung der Annexe 1-A und 2 der Dayton-Friedensvereinbarung sowie an dem NATO-Hauptquartier Sarajevo und seinen Aufgaben, auf Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1575 (2004) vom 22. November 2004, 1639 (2005) vom 21. November 2005 und 1722 (2006) vom 21. November 2006**

**A. Problem**

Seit Beginn der EU-geführten Operation „ALTHEA“ am 2. Dezember 2004 haben Bosnien und Herzegowina weitere erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einem friedlichen und demokratischen Rechtsstaat gemacht. Dies gilt für das Justizwesen, die Verfolgung und Ahndung von Kriegsverbrechen und organisierter Kriminalität durch Sonderkammern am Obersten Gericht, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sowie den Bereich der Polizeireform, wo im Oktober 2005 eine Grundsatzvereinbarung zwischen den Entitäten und dem Gesamtstaat abgeschlossen werden konnte. Die im November 2005 begonnenen Verhandlungen zu einem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU sind in eine entscheidende Phase getreten.

Die Bundesregierung hat im zivilen Bereich im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa, die Beteiligung deutscher Beamter an der EU-Polizeimission sowie bilaterale Ausbildungs- und Ausstattungshilfe im Bereich der Polizei, aber auch mit der Tätigkeit von Bundesminister a. D. Dr. Christian Schwarz-Schilling als hoher Repräsentant der Vereinten Nationen und EU-Sonderbeauftragter sowie die Übernahme der Führungsverantwortung für die EU-geführte Operation „ALTHEA“ durch Konteradmiral Hans-Jochen Witthauer ab dem 5. Dezember 2006 ihre Bereitschaft zur Übernahme weiterer Verantwortung für Bosnien und Herzegowina bekundet.

---

Trotz aller Erfolge sind die Gegensätze der verschiedenen ethnischen Gruppen, die organisierte Kriminalität sowie Korruption ein Destabilisierungspotenzial, das den Stabilisierungsprozess und die Einhaltung und Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens zu gefährden in der Lage ist. Daher stimmt der Deutsche Bundestag der von der Bundesregierung am 8. November 2006 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“ zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Implementierung der Annexe 1-A und 2 der Dayton-Friedensvereinbarung sowie an dem NATO-Hauptquartier Sarajevo und dessen Aufgaben auf Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1575 (2004) vom 22. November 2004, 1639 (2005) vom 21. November 2005 und 1722 (2006) vom 21. November 2006 zu. Es können bis zu 2.400 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Die Fortsetzung erfolgt unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 17. November 2004, denen der Deutsche Bundestag am 26. November 2004 zugestimmt hat (BT-Drucksache 15/4245), einschließlich der zu Protokoll gegebenen Erklärung der Bundesregierung vom 24. November 2004 (BT-Drucksache 15/4256). Die Gemeinsame Aktion 2004/570/GASP des Rates der Europäischen Union vom 12. Juli 2004 über die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der NATO in Istanbul vom 28. Juni 2004 zu Aufbau und Auftrag für die NATO-Präsenz (NATO-Hauptquartier Sarajevo) in Bosnien und Herzegowina gelten unverändert fort.

## **B. Lösung**

Annahme des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

---

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
dem Antrag auf Drucksache 16/3521 zuzustimmen.

Berlin, den 30. November 2006

## **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Eckart von Klaeden**  
Berichterstatter

**Detlef Dzembitzki**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung\*

## Bericht der Abgeordneten

### I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 16/3521 in seiner 67. Sitzung am 23.11.2006 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss (§ 96 GO) überwiesen.

### II.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 29.11.2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP bei Enthaltungen der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion der SPD die Annahme des Antrages.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 29.11.2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrages.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 29.11.2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrages.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 29.11.2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrages.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 29.11.2006 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrages

### III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 29.11.2006. beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrages.

---

Berlin, den 30. November 2006

**Eckart von Klaeden, Gert Weisskirchen, Dr. Rainer Stinner, Dr. Norman Paech,  
Kerstin Müller**

Berichterstatter

elektronische Vorab-Fassung\*